

Kurzinformationen aus dem Kreis- und Ortsverband

14. März 2009, 10:00 Uhr in Zerbst	Auf der Kreisvertreterversammlung wurden u. a. die acht Vertreterinnen und Vertreter des Kreisverbandes zur Landesvertreterversammlung am 25. April 2009 in Magdeburg gewählt, welche die Landesliste der LINKEN zu den Bundestagswahlen bestimmen.
21. März 2009, 10:00 Uhr in Bitterfeld-Wolfen	Zur Regionalkonferenz Anhalt lud der Landesvorstand unserer Partei in Abstimmung mit dem Vorstand des Kreisverbandes Anhalt-Bitterfeld die Mitglieder der Partei aus der Region Anhalt sowie BT- und LT-Abgeordnete recht herzlich ein. Außer den Diskussionen zu den Wahlaussagen sowie den Informationen zu den Wahlvorbereitungen gab es eine interessante Debatte zum Landesentwicklungsplan. Die Aussagen und Vorstellungen der Landespartei zur Daseinsvorsorge wurden diskutiert.
30. März 2009 um 18:00 Uhr in Quetzdölsdorf	Die Mandatsträger des Kreises und der Kommunen trafen sich in Quetzdölsdorf zum Erfahrungsaustausch. Interessierte, Freunde und Sympathisanten waren dazu eingeladen. Die Energiepolitik der LINKEN in Sachsen-Anhalt stand im Mittelpunkt der Diskussion. Auch über die Probleme in den Städten und Gemeinden debattierten die Teilnehmer.
16. April 2009, 18:00 Uhr in Bitterfeld-Wolfen	Mitglieder von der Partei DIE LINKE und des „RotFuchs“-Förderverein e.V. trafen sich in Bitterfeld am Denkmal für Ernst Thälmann. Sie legten Blumen nieder und gedachten seiner. Klaus Grabarits würdigte in seiner Rede das Wirken und die Leistungen von ihm.
6. Mai 2009, ab 10:00 Uhr in Bitterfeld-Wolfen	MdB Jan Korte beantwortete zusammen mit MdL Angelika Hunger während der öffentlichen Bürgersprechstunde in Bitterfeld (Kirchstr. 2) die Fragen der Bürger. Beide Abgeordneten nahmen auch am Seniorenmarkt teil und sprachen mit vielen Bürgern über ihre Probleme. Dagmar Zoschke (MdK) moderierte die Veranstaltung.

Kranzniederlegung aus Anlass des 64. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus

Von Günther Lidke



Foto: Jürgen Keil

30 Bürger, davon 16 Mitglieder von der Partei DIE LINKE und vom „RotFuchs“-Förderverein e.V. hatten sich eingefunden, um an diesem Tag am Denkmal der gefallenen Sowjetsoldaten und am Denkmal der Antifaschistischen Kämpfer auf dem Friedhof in Bitterfeld zu gedenken.

Dagmar Zoschke, Kandidatin für das OB-Amt der Stadt Bitterfeld-Wolfen ging in ihrer Ansprache auf die Millionen Opfer und auf die großen Schäden ein, welche durch den deutschen Faschismus verursacht wurden. Sie rief dazu auf, jeden Versuch der Rechten, insbesondere der NPD, die

Taten der Nazis zu verharmlosen, zu verhindern. Für alle war sichtbar, dass kein Vertreter der Stadt und der anderen Parteien anwesend war. Hier wird die Heuchelei offensichtlich. Über die DDR schütten sie täglich Kübel von Dreck aus, um die Taten der Faschisten zu verharmlosen.

Einzig in Mecklenburg-Vorpommern hat der Ministerpräsident (SPD) einen Kranz an der Mahn- und Gedenkstätte in Raben Steinfeld bei Schwerin niedergelegt. Auch Vertreter der Landtagsfraktionen von CDU, DIE LINKE und FDP nahmen daran teil (laut ND am 9. Mai 2009).

Zum 65. Jahrestag 2010 sollte ein großes Gedenken nicht vergessen werden.

Die Geschichten und Gedichte im Buch schreiben von Arbeitslosigkeit direkt oder indirekt Betroffene. Ihre Texte zeigen, was Arbeitslosigkeit tatsächlich für die Betroffenen bedeutet.

Das Buch ist in der Stadtinformation Bitterfeld, im MZ-Service-Center (Burgstr.) erhältlich.

Preis: 8 Euro

ISBN: 978-3-940167-70-5

Der Arbeitslosenselbsthilfeverein ist jeden Donnerstag in Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld) in der Begegnungsstätte (Kirchstr. 2) zwischen 9:00 und 12:00 Uhr erreichbar.



Die Rentengarantie von heute sind die Nullrunden von morgen.

Die schwerste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren hat das Land fest im Griff – der Druck auf die Löhne steigt, Tausende sind schon entlassen und noch mehr Stellen sollen gestrichen werden. Millionen Beschäftigte müssen wegen der Krise kürzer arbeiten und erhalten somit weniger Lohn. Aufgrund sinkender Löhne müssten im nächsten Jahr auch die Renten sinken. Deshalb erklärte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) Ende April: „Die Renten werden im nächsten Jahr nicht gekürzt. Darauf können sich die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland verlassen.“

Und danach? Was den Rentnerinnen und Rentnern von der Bundesregierung als Rentengarantie verkauft wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als eine billige Wahlkampfogelpackung. Denn nach dem Motto „aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ wird die jetzt unterbleibende Kürzung ab 2011 mit Rentenerhöhungen verrechnet. Die Rentnerinnen und Rentner müssen die gegebene Rentengarantie selbst bezahlen! Auch der Fraktionsvorsitzende der CDU, Volker Kauder, sagt ganz unverblümt: „Die Rentner bezahlen die Garantie also selbst.“

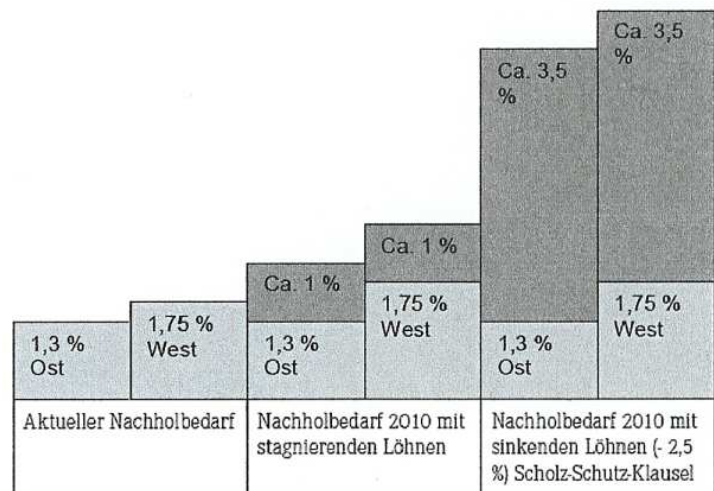
Was wie eine gute Tat für die Rentnerinnen und Rentner erscheint, ist in Wahrheit nichts anderes als eine dauerhafte Abkopplung der Renten- von der Wohlstandsentwicklung. Das bedeutet Nullrunden

auf Jahre. Auch wenn die Krise schon längst überwunden sein wird. Selbst wenn die ausgezahlte Rente, wie von Scholz und Merkel versprochen, nicht gekürzt wird, verliert sie durch die Inflation tatsächlich immer mehr an Wert. Hinzu kommt: Die Rentnerinnen und Rentner müssen wegen riesiger Löcher im Gesundheitsfonds schon bald höhere Beiträge zur Krankenkasse bezahlen.

Und die Jüngeren? Für sie wird es wegen der völlig verfehlten Rentenpolitik immer schwieriger, eine eigenständige Alterssicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung aufzubauen. Denn die Rentenkürzungen vergangener und zukünftiger Jahre werden sich auch bei ihrer Rente später bemerkbar machen.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die für die Wiederherstellung einer verlässlichen Rentenformel eintritt. Die Renten müssen ohne Kürzungen durch Riester- oder Nachhaltigkeitsfaktor wieder an die Lohnentwicklung gekoppelt werden. Ein Schutzschirm für Rentnerinnen und Rentner muss Rentenkürzungen für die Dauer der Krise ausschließen. Zudem brauchen wir eine Staatsgarantie für mögliche Finanzlöcher in der Rentenkasse. Es muss ausgeschlossen werden, dass Rentnerinnen und Rentner ihren Schutzschirm selbst bezahlen müssen.

Trotz vermeintlichem Rentenschutz: der Nachholbedarf steigt auf bis zu 5,25 Prozentpunkte an. Das bedeutet Nullrunden auf Jahre hinaus.



Nachholbedarf sind die verschobenen Rentenkürzungen, die in der Zukunft nachgeholt werden sollen und damit perspektivisch die Renten kürzen.